

Signatur: 2026.SR.0037
Geschäftstyp: Kleine Anfrage
Erstunterzeichnende: Janosch Weyermann (SVP)
Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Bernhard Hess, Ueli Jaisli, Thomas Glauser
Einreichtdatum: 29. Januar 2026

Kleine Anfrage: Bezeichnung der SRG-Initiative als «Halbierungsinitiative» und Praxis des Gemeinderats bei Stellungnahmen zu nationalen Abstimmungsvorlagen

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Auf welcher sachlichen Grundlage bezeichnet der Gemeinderat die SRG-Initiative als «Halbierungsinitiative», obwohl die vorgesehene Gebührensenkung keine Halbierung darstellt? Welche inhaltlichen oder kommunikativen Überlegungen liegen dieser Wortwahl zugrunde?
2. Nach welchen Kriterien entscheidet der Gemeinderat grundsätzlich, ob und wann er zu nationalen Abstimmungsvorlagen öffentlich Stellung bezieht?
3. Weshalb hat der Gemeinderat beispielsweise zur nationalen Erbschaftssteuer-Initiative der Juso keine Stellungnahme abgegeben, obwohl diese Vorlage erhebliche wirtschaftliche und finanzpolitische Auswirkungen gehabt hätte und auch für Unternehmen sowie Arbeitsplätze in der Stadt Bern von Bedeutung gewesen wäre?
4. Wie begründet der Gemeinderat die aus Sicht der Unterzeichnenden uneinheitliche Behandlung nationaler Abstimmungsvorlagen – einerseits eine klare, öffentlichkeitswirksame Positionierung inklusive wertender Begriffe, andererseits ein vollständiger Verzicht auf Stellungnahmen bei anderen politisch ebenso relevanten Vorlagen?

Begründung

Der Gemeinderat bezeichnet in seiner Medienmitteilung vom 22. Januar 2026 die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» zur Senkung der Radio- und TV-Gebühren pauschal als «Halbierungsinitiative». Gemäss Initiativtext soll die Gebühr jedoch von heute 335 Franken auf 200 Franken reduziert werden. Diese Reduktion entspricht rechnerisch keiner Halbierung. Der Gemeinderat äussert sich damit deutlich und wertend zu einer nationalen Abstimmungsvorlage. Gleichzeitig fällt auf, dass er sich zu anderen nationalen Vorlagen mit potenziell erheblichen Auswirkungen auf die Stadt Bern nicht oder nur sehr selektiv öffentlich positioniert.